
Vorsitz: Kasachstan**808. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 6. Mai 2010

Beginn: 9.45 Uhr

Schluss: 13.50 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter K. Abdrachmanow
U. Suleimenow

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: REDE DES GENERALSEKRETÄRS DER
ORGANISATION DER ISLAMISCHEN
KONFERENZ, S.E. EKMELEDDIN IHSANOGLU

Vorsitz, Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (PC.DEL/345/10), Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/361/10), Russische Föderation (PC.DEL/358/10), Tadschikistan (PC.DEL/352/10), Heiliger Stuhl (PC.DEL/349/10), Ägypten (Kooperationspartner), Aserbaidshan (PC.DEL/374/10), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/353/10), Marokko (Kooperationspartner) (PC.DEL/375/10), Schweiz (Anhang 1), Algerien (Kooperationspartner), Armenien, Türkei (PC.DEL/371/10)

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES HOHEN KOMMISSARS FÜR
NATIONALE MINDERHEITEN ÜBER SEINEN
JÜNGSTEN BESUCH IN KIRGISISTAN

Vorsitz, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HCNM.GAL/2/10 OSCE+), Kirgisistan (PC.DEL/369/10), Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik

Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und Moldau) (PC.DEL/362/10), Russische Föderation (PC.DEL/359/10), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/356/10), Türkei (PC.DEL/373/10)

Punkt 3 der Tagesordnung: OSZE-MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Vorsitz, Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina (PC.FR/5/10 OSCE+), Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Armenien, Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/363/10), Russische Föderation (PC.DEL/360/10), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/357/10), Türkei (PC.DEL/372/10), Parlamentarische Versammlung der OSZE, Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/376/10 OSCE+)

Punkt 4 der Tagesordnung: FÜNFUNDSECHZIGSTER JAHRESTAG DES ENDES DES ZWEITEN WELTKRIEGS IN EUROPA

Russische Föderation (auch im Namen Armeniens, Aserbaidschans, Belarus', Kasachstans, Kirgisistans, Moldaus, Tadschikistans, Turkmenistans, der Ukraine und Usbekistans) (Anhang 2), Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit der Ukraine) (PC.DEL/364/10), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/355/10), Kanada (Anhang 3), Heiliger Stuhl (Anhang 4)

Punkt 5 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Welttag der Pressefreiheit*: Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/366/10), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/354/10), San Marino (Anhang 5)
- (b) *Eisenbahnstreit zwischen Tadschikistan und Usbekistan*: Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien

und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Moldau) (PC.DEL/367/10), Tadschikistan (PC.DEL/350/10), Usbekistan

- (c) *Der Fall N. Botakusiew in Tadschikistan*: Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Moldau) (PC.DEL/365/10), Tadschikistan (PC.DEL/351/10)
- (d) *Der Fall J. Schowtis in Kasachstan*: Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; sowie mit den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen) (PC.DEL/368/10)

Punkt 6 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

Bekanntgabe der Verteilung des schriftlichen Berichts über die Tätigkeit des Amtierenden Vorsitzenden: Vorsitz

Punkt 7 der Tagesordnung: BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/85/10 OSCE+): Generalsekretär

Punkt 8 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines Berichts über das trilaterale Gipfeltreffen von Bosnien und Herzegowina, Serbien und der Türkei vom 24. April 2010 in Istanbul (Türkei)*: Serbien (PC.DEL/370/10)
- (b) *Organisatorische Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Seminar zur menschlichen Dimension 2010 vom 17. bis 19. Mai 2010 in Warschau*: Vorsitz
- (c) *Organisatorische Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Konferenz zum zwanzigsten Jahrestag des Kopenhagener Dokuments am 10. und 11. Juni 2010 in Kopenhagen*: Vorsitz
- (d) *Organisatorische Angelegenheiten im Zusammenhang mit der hochrangigen Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung am 29. und 30. Juni 2010 in Astana und dem informellen Treffen der OSZE-Minister für auswärtige Angelegenheiten am 10. und 11. Juli 2010 in Almaty (Kasachstan)*: Vorsitz

- (e) *Fotoausstellung zum fünfundsechzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 6. Mai 2010 in Wien: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 13. Mai, 10.00 Uhr im Neuen Saal



808. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 808, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Herr Vorsitzender,

die Schweizer Delegation heißt den Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, S.E. Professor Ihsanoglu, willkommen und dankt ihm für seine Worte. Wie Professor Ihsanoglu aus seinen jüngsten Treffen mit der Schweizer Ministerin für auswärtige Angelegenheiten weiß, legt mein Land großen Wert auf die Stärkung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) als politischem Organ der islamischen Welt.

Ich habe um das Wort gebeten, um kurz auf die Anmerkungen von Professor Ihsanoglu bezüglich der Entscheidung gegen den Bau neuer Minarette in der Schweiz zu antworten.

Zu allererst möchte ich betonen, dass das Verbot des Baus neuer Minarette keine Einschränkung des Rechts auf Ausübung des eigenen Glaubens ist. Die Schweizer Verfassung garantiert das Recht auf Religionsfreiheit und die Muslime in der Schweiz werden auch weiterhin die Freiheit haben, sich zu ihrem Glauben zum Islam zu bekennen und ihre Religion auszuüben.

Moscheen und muslimische Gebetsstätten, von denen es derzeit mindestens 150 in der Schweiz gibt, werden davon nicht berührt. Der Bau und die Nutzung letzterer wurden nicht untersagt.

Eine von Schweizer Universitäten durchgeführte unabhängige Untersuchung der Gründe für das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung zeigt deutlich, dass das Ergebnis der Volksbefragung keineswegs die Ablehnung der muslimischen Gemeinschaft in der Schweiz, ihrer Religion oder ihrer Kultur war. Es scheint vielmehr, dass das Schweizer Wahlvolk auf eine negative, jedoch abstrakte, durch die internationale Medienberichterstattung vermittelte Wahrnehmung eines politischen und gewalttätigen Islams reagiert hat, der die Scharia verbreiten will und Frauen unterdrückt.

Ein offener und konstruktiver Dialog zwischen konfessionellen und gesellschaftlichen Gruppen und den Behörden kann mithelfen, diese Ängste zu abzubauen, den muslimischen Gemeinschaften der Schweiz Profil zu verleihen und das Verständnis füreinander zu fördern.

Daher ist es für die Schweizer Regierung eine Priorität, diesen Dialog zu verstärken. Die muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz haben positiv auf die Einladung zum Gespräch reagiert, und es wurden bereits zwei sehr konstruktive Treffen abgehalten, die sich hauptsächlich auf die Frage konzentrierten, wie die Integrationsmaßnahmen und das gegenseitige Verständnis innerhalb der Gesellschaft verbessert werden können.

Die Schweizer Regierung kann die Enttäuschung und die Verständnislosigkeit vieler Menschen in der muslimischen Welt verstehen.

Dennoch wird eine Verhärtung der Positionen keine Probleme lösen. Die Schweizer Regierung ist ein überzeugter Befürworter von Kooperation statt Konfrontation und setzt sich verstärkt für die Förderung eines fortgesetzten Dialogs sowohl in der Schweiz als auch auf zwischenstaatlicher und multilateraler Ebene ein. Wir laden die OIC und ihre Mitgliedstaaten ein, unsere Partner in diesen Bemühungen auf der internationalen Ebene zu werden, vor allem im Rahmen der Allianz der Zivilisationen.

Unserer Erfahrung nach kann das Verständnis füreinander am besten dadurch gefördert werden, dass muslimische und nichtmuslimische Organisationen zusammenarbeiten, zum Beispiel im humanitären und im Entwicklungsbereich. Der Dialog sollte durch praktische Unternehmungen gefördert werden. Die thematischen Plattformen der Gruppe der Freunde der Allianz der Zivilisationen zum Thema Überbrückung der Kluft im humanitären Bereich oder zum Beispiel zur Medienkompetenz sind von größter Bedeutung für die vor uns liegenden Fragen. Die Schweiz bekennt sich zu aktivem Engagement in diesen Plattformen und lädt andere Länder, muslimische wie nichtmuslimische, ein, sich diesem Dialog durch praktische Bemühungen anzuschließen.

Die Schweiz möchte ein aufgeschlossenes und tolerantes Land bleiben, ein verlässlicher internationaler Partner, ein Land, dem Solidarität am Herzen liegt und das entschlossen ist, seinen Beitrag zur Weltgemeinschaft zu leisten. Muslime sind auch weiterhin in der Schweiz willkommen. Das ist etwas, was die Schweizer Regierung garantieren kann.

Danke, Herr Vorsitzender.



808. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 808, Punkt 4 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION
(AUCH IM NAMEN ARMENIENS, ASERBAIDSCHANS, BELARUS',
KASACHSTANS, KIRGISISTANS, MOLDAUS, TADSCHIKISTANS,
TURKMENISTANS, DER UKRAINE UND USBEKISTANS)

Der Tag des Sieges, der 9. Mai, wird der Menschheit für immer als jenes bedeutsame Datum in Erinnerung bleiben, an dem die Völker der Welt und Europas vom Faschismus errettet wurden, ein Datum, mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs näher rückte. Dieses Datum erinnert uns an die große Leistung der Völker unserer Länder, die um den Preis von Millionen Toten für die Freiheit und die Unabhängigkeit künftiger Generationen kämpften. Die Erinnerung an sie wird in unseren Herzen stets lebendig bleiben. Aus diesem Grund begrüßen wir die vom OSZE-Ministerratstreffen am 2. Dezember 2009 in Athen verabschiedete Erklärung zum fünfundsiebzehnten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs.

Wir werden diejenigen, die auf den Schlachtfeldern und in den faschistischen Todeslagern ihr Leben ließen, ebenso wie die Opfer der Blockaden und Entbehungen, unter ihnen Menschen aller Nationalitäten, niemals vergessen. Ihre Gräber, die ihnen gewidmeten Denkmäler und Gedenkstätten zu erhalten und deren Schändung zu verhindern, ist uns heilige Pflicht.

Wir verbeugen uns vor den Kriegsteilnehmern, die noch unter uns sind und die durch ihren heldenhaften Kampf den Sieg errungen haben, sowie vor jenen, die in der Mühsal der Heimatfront alles gaben, um diesen Sieg zu ermöglichen. Für sie fordern wir Achtung und stete Sorge für Ihre Bedürfnisse.

Wir werden nie vergessen, dass die Völker unserer Länder eine entscheidende Rolle beim Sieg über den Faschismus gespielt haben, an der Front wie im Hinterland. Wir mahnen eine Erziehung der nachkommenden Generationen ein, die ihnen Stolz auf ihre gemeinsame heldenhafte Geschichte und auf die große Leistung vermittelt, den Faschismus bekämpft zu haben.

Wir zollen dem Heldenmut all jener Tribut, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, unseren Verbündeten in der Koalition gegen Hitler, und wir werden ihren Beitrag zu unserem gemeinsamen Sieg niemals vergessen. Die Erfahrung der internationalen Staatengemeinschaft, mit gemeinsamen Anstrengungen der tödlichen Gefahr des Faschismus

entgegentreten, war niemals dringender nötig als heute, da die Menschheit mit ernsthaften Bedrohungen und Herausforderungen für ihre Sicherheit und immer häufigeren Äußerungen nationalsozialistischer Ideologie, von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit konfrontiert ist. Es ist wichtig, dass wir diesen und anderen Bedrohungen durch unsere Bemühungen innerhalb der OSZE und andernorts gemeinsam entgegentreten.

Wir rufen alle OSZE-Teilnehmerstaaten dazu auf, im Interesse einer Stärkung des Friedens und der Verwirklichung eines unteilbaren Sicherheitsraums aktiv zusammenzuarbeiten und sich um die Beilegung von Konflikten durch ausschließlich friedliche Mittel auf der Grundlage der völkerrechtlichen Normen und Grundsätze sowie der Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki zu bemühen.

Herr Vorsitzender, wir möchten ersuchen, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates beizufügen.



808. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 808, Punkt 4 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

danke, dass Sie dieses wichtige Thema auf die heutige Tagesordnung gesetzt haben.

Vor rund fünfundsechzig Jahren war Europa Zeuge der größten Invasion aus der Luft und von der See in der Geschichte der Menschheit. Gemeinsam mit anderen überquerten kanadischen Truppen den Kanal, um die Befreiung Europas einzuleiten und die Zivilisation aus der Finsternis des Faschismus zu erretten, indem wir unsere Grundwerte und Grundprinzipien verteidigten: Freiheit, Recht und Rechtsstaatlichkeit, persönliche Freiheit und die Achtung der Menschenrechte und der menschlichen Würde.

Der kanadische Premierminister, the Rt. Hon. Stephen Harper, nimmt heute in den Niederlanden gemeinsam mit kanadischen Kriegsteilnehmern an einer Gedenkfeier zum Ende des Ersten Weltkriegs auf einem Friedhof an der niederländisch-belgischen Grenze teil, wo fast tausend kanadische Soldaten begraben sind. Es sind noch sehr viel mehr Kanadier in ganz Europa begraben – über 100.000 aus den beiden Weltkriegen. Ihren Anstrengungen und Opfern müssen wir auch weiter ein ehrendes Andenken bewahren.

Kurz nach der Befreiung Europas gab Kanada jenen Ländern die Verantwortung zurück, die zu befreien wir geholfen hatten, und unmittelbar danach sagten wir gemeinsam mit anderen zu, das gewaltige europäische Wiederaufbauprogramm namens Marshall Plan, durchzuführen.

Wie uns die Geschichte jedoch gezeigt hat, ist unser euro-atlantisches Sicherheitsprojekt noch nicht vollendet – wir erlebten die Ära des Kalten Krieges und, in den letzten Jahren, ungelöste subregionale Spannungen und Langzeitkonflikte im Balkankrieg und 2008 im Krieg in Georgien.

Es ist zwar wichtig, den fünfundsechzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa gebührend zu feiern, doch müssen wir unsere Arbeit für Frieden und Stabilität und unsere gemeinsamen Sicherheitsbemühungen durch kollektive Zusammenarbeit in Organisationen wie der OSZE fortsetzen.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, das Positive und das Verbindende, nicht das Trennende, herauszustreichen. Wir sollten nicht vergessen, dass wir vor knapp zwei Jahrzehnten Zeugen des Falles der Berliner Mauer (1989) und der friedlichen Einigung Europas waren, die der 35-jährige KSZE/OSZE-Prozess nachhaltig unterstützt hatte. Seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki (1975) wurde an den Brücken des Vertrauens, der Zuversicht und der persönlichen Beziehungen gebaut, die den Traum von der Einigung Europas Wirklichkeit werden ließen.

Und wir sollten auch betonen, dass viele unserer Soldaten heute Schulter an Schulter in schweren Kämpfen in Afghanistan und in unserem gemeinsamen Kampf gegen die Bedrohungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts stehen.

Der niederländische Premierminister sagte bei den Feierlichkeiten in den Niederlanden so treffend: „Es ist von größter Wichtigkeit, dass wir die Fackel der Geschichte nun an die nächste Generation weitergeben“. Wir müssen versuchen, einige der Lehren aus unserer gemeinsamen Geschichte zu beherzigen – damit zukünftige Generationen den ungeheuren Heldenmut und die Opfer verstehen, die es uns ermöglichen, jetzt und in Zukunft ein friedlicheres, würdigeres und freieres Leben zu führen.

Erlauben Sie mir abschließend, der Delegation der Russischen Föderation und einigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion dafür zu danken, dass sie aus Anlass des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa eine eigene Fotoausstellung organisiert und heute in der OSZE einen Empfang gegeben haben. Wir sehen darin eine Geste des Gedenkens und der Versöhnung.

Wir stimmen auch der Erklärung der Russischen Föderation zu diesem Thema zu, nämlich dass „es wichtig ist, uns gemeinsam weiterhin mit Fragen der Toleranz auseinanderzusetzen und Frieden und Sicherheit zu bewahren und die Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki zu befolgen“.

Ich ersuche den Vorsitzenden, die Erklärung Kanadas dem Journal des Tages beizufügen.

Danke/merci/Rahmet!

808. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 808, Punkt 4 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES HEILIGEN STUHLS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Vor fünfundsechzig Jahren, am 8. Mai 1945, ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Das Ende dieses schrecklichen Unheils ließ die Menschen nicht nur auf die Rückkehr der Gefangenen, Deportierten und Flüchtlinge hoffen, sondern weckte in ihnen auch den Wunsch, ein besseres Europa aufzubauen. Der Kontinent durfte wieder auf eine Zukunft in Frieden und Demokratie hoffen. Fast ein halbes Jahrhundert später gibt es Menschen, Familien und Völker, die noch immer Erinnerungen an diese sechs schrecklichen Jahre haben: Erinnerungen an Angst, Gewalt, extreme Armut und Tod; an tragische Erfahrungen schmerzlicher Trennungen, die ohne die geringste Sicherheit und Freiheit erduldet werden mussten; wiederkehrende Traumata, die durch das unaufhörliche Blutvergießen verursacht wurden.

Es war damals nicht leicht, das ganze Ausmaß der vielen tragischen Dimensionen des Konflikts zu begreifen. Doch mit der Zeit wurde man sich zunehmend den Auswirkungen dieses Ereignisses auf das 20. Jahrhundert und die Zukunft der Welt bewusst. Der Zweite Weltkrieg war nicht nur ein historisches Ereignis erster Ordnung, er war auch ein Wendepunkt für die Menschheit in unserer Zeit. Doch mit zunehmendem zeitlichem Abstand dürfen die Erinnerungen an den Krieg nicht verblassen; sie sollten vielmehr eine ernste Lehre für unsere Generation und die kommenden Generationen sein.

Was der Krieg für Europa und für die Welt bedeutete, wurde dank neuer Erkenntnisse, die uns die Leiden des Krieges besser verstehen ließen, in den vergangenen fünf Jahrzehnten immer klarer. Die tragischen Erfahrungen der Jahre 1939–1945 sind heute eine Art unverzichtbarer Bezugspunkt für alle, die sich Gedanken über die Gegenwart und die Zukunft der Menschheit machen wollen.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass der Zweite Weltkrieg das Leben so vieler Menschen und Völker zum Schlechteren verändert hat. Es war so weit gekommen, dass teuflische Todeslager errichtet wurden, in denen Millionen Juden und Hunderttausende Zigeuner und andere Menschen unter furchtbarsten Bedingungen den Tod fanden, einzig weil sie einem anderen Volk angehörten. Auschwitz bleibt neben so vielen anderen Konzentrationslagern der grauenhafte Inbegriff für die Auswirkungen des Totalitarismus. Denn Totalitarismus zerstört die Grundfreiheiten des Menschen und tritt die Menschenrechte mit

Füßen. Nicht zu erkennen, dass, wenn Freiheiten mit Füßen getreten werden, damit die Voraussetzungen für ein gefährliches Abrutschen in Gewalt und Hass geschaffen werden.

Nach 1945 waren die Kriege leider noch nicht vorüber. Gewalt, Terrorismus und bewaffnete Angriffe haben auch diese letzten Dekaden verdüstert. Auch heute noch wüten zu viele Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt. Die öffentliche Meinung, erschüttert durch die furchtbaren Bilder, die uns das Fernsehen täglich ins Haus liefert, reagiert emotional, gewöhnt sich aber all zu schnell an diese Konflikte und akzeptiert sie schließlich als etwas Unvermeidliches. Diese Einstellung ist nicht nur nicht gerechtfertigt, sondern auch außerordentlich gefährlich. Wir dürfen niemals vergessen, was in der Vergangenheit geschehen ist und was auch heute noch geschieht. Es sind Tragödien, die zahllose unschuldige Opfer treffen, deren Schreckens- und Schmerzensschreie an das Gewissen aller aufrechten Männer und Frauen appellieren. Wir können und dürfen uns nicht der Logik der Waffen beugen!

Der Heilige Stuhl ist nicht nur Unterzeichner der wichtigsten internationalen Verträge und Übereinkommen, sondern war auch unermüdlich bestrebt, die internationale Staatengemeinschaft immer wieder an die dringende Notwendigkeit zu erinnern, die Richtlinien für die Abrüstung, die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die Beseitigung chemischer und biologischer Waffen zu verstärken, vor allem derjenigen, die besonders tödlich oder wahllos wirken. Der Heilige Stuhl hat die Öffentlichkeit auch aufgefordert, sich klar zu machen, dass es nach wie vor Waffenhandel gibt, eine besorgniserregende Tatsache, die dringend ernstzunehmender ethischer Überlegungen bedarf. Es darf auch nicht übersehen werden, dass nicht nur die Militarisierung der Staaten sondern auch der problemlose Zugang von Privatpersonen oder Gruppen zu Waffen, der die Ausbreitung von organisierter Kriminalität und Terrorismus begünstigt, eine nicht abzuschätzende und ständige Bedrohung des Friedens darstellt.

Es muss eine Verknüpfung zwischen der Erinnerung an diesen furchtbaren weltweiten Konflikt und den Zielen geben, von denen sich die nationale und internationale Politik leiten lassen sollte. Es wird insbesondere notwendig sein, für wirksame Instrumente der Kontrolle des internationalen Waffenmarktes zu sorgen und gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um angemessene Strukturen für die Intervention im Krisenfall einzurichten, damit alle Beteiligten Verhandlungen den Vorzug gegenüber gewalttätiger Konfrontation geben. In diesem Bereich hat die OSZE ihr ureigenes Betätigungsfeld gefunden.

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte Papst Paul VI 1965 in einer Rede vor der Organisation der Vereinten Nationen die Frage: „Wird die Welt je von ihrem egoistischen und kriegerischen Streben ablassen, das einen großen Teil ihrer Geschichte bis zum heutigen Tag geprägt hat?“ Diese Frage harret in vieler Hinsicht noch immer einer Antwort. Möge die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in allen – je nach ihren Möglichkeiten – die Entschlossenheit neu entfachen, sich entschlossen für eine Politik des Friedens in Europa und in der ganzen Welt einzusetzen.

Danke, Herr Vorsitzender.

808. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 808, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SAN MARINOS**

Vor siebzehn Jahren beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen entsprechend einer Empfehlung der UNESCO, den 3. Mai als Welttag der Pressefreiheit zu begehen.

San Marino war eines der Länder, die diesen Beschluss mit Überzeugung unterstützten. Wir meinen, dass dies ein Ausdruck der Wertschätzung und der Dankbarkeit gegenüber all jenen ist, die unter großen Opfern den Beruf des Journalisten ausgeübt haben und auch heute ausüben, dessen wichtigstes Ziel es ist, zu informieren und objektiv und unvoreingenommen die Wahrheit zu berichten.

Die Pressefreiheit ist eine der wichtigsten Garantien eines demokratischen Staates gegenüber seinem Volk und der glaubwürdigste Ausdruck einer modernen Gesellschaft, die das uneingeschränkte Recht auf freie Meinungsäußerung ohne jede Einschränkung sicherstellt.

Dieser besondere Tag erfordert auch eine eingehendere Analyse der Autonomie dieses sensiblen Sektors und seiner Verantwortung. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Meinungen, Urteile, Vorschläge und Einschätzungen keinerlei Einschränkungen oder Vorbehalten außer jenen unterliegen, die Meinungsvielfalt und das Hören auf das eigene Gewissen schützen.

Es gibt keine Informationsfreiheit ohne Freiheit zur Kritik an den Ereignissen rund um uns. Wer eine so wichtige Rolle spielt, muss dazu mit der erforderlichen Freiheit ausgestattet sein und auch die Möglichkeit haben, im ausschließlichen Interesse der Wahrheit eine proaktive Haltung einzunehmen.

All das kann nicht an ein einziges Regelsystem geknüpft werden, obwohl Regeln notwendig sind, um Raum für unterschiedliche politische, zivile, religiöse und kulturelle Empfindsamkeiten zu geben. Außerdem ist es notwendig, dass der journalistische Beruf mit einer strengen Berufsethik und Professionalität ausgeübt wird. Journalisten sind in einem grundlegenden Sektor des bürgerlichen Lebens tätig. Objektivität und Aufgeschlossenheit für die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung sind – die Achtung der Freiheit vorausgesetzt – die Grundprinzipien, an die sich eine freie und unabhängige Presse zu halten hat. Alle beteiligten Akteure und Institutionen müssen sich über diesen feierlichen Tag hinaus immer wieder dazu bekennen, den Welttag der Pressefreiheit als einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Zivilisation anzusehen.